

# Ausschuss der Regionen

Otto Schmuck

Die konstituierende Sitzung des Ausschusses der Regionen (AdR) fand am 9./10. März 1994 statt. Die Plenartagung des AdR am 17. und 18. November 2004 stand deshalb im Zeichen der Feierlichkeiten des zehnjährigen Bestehens. AdR-Präsident Peter Straub, Kommissionsmitglied Loyola de Palacio sowie ein Vertreter der niederländischen Ratspräsidentschaft würdigten die bisherige Arbeit und skizzierten die Entwicklungschancen nach Inkrafttreten der Europäischen Verfassung. Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens wurden vom AdR selbst sowie von wissenschaftlicher Seite Bewertungen vorgelegt, die die Einordnung dieser Institution erleichtern.<sup>1</sup> Erkennbar werden die Fülle der Aktivitäten des AdR und das stetige Bemühen, europäisches Handeln stärker und besser mit der regionalen und kommunalen Ebene zu verknüpfen. Im Einzelfall ist es jedoch schwer, die tatsächlichen Einflüsse des Beratungsorgans auf die Entscheidungen der EU nachzuweisen.

In der Plenarsitzung am 23./24. Februar 2005 trat der neue Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso erstmals vor dem AdR auf und stellte das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2005 sowie die programmatischen Grundzüge seiner Amtszeit bis 2009 vor. Er sicherte dem AdR zu, auch künftig einen intensiven Gedankenaustausch zu pflegen, in den auch die für die Fachpolitiken zuständigen Kommissare einbezogen werden sollten. Die Ernsthaftigkeit dieses Angebots an die regionale und lokale Ebene wurde u.a. auch dadurch unterstrichen, dass Präsident Barroso am 14. April 2005 in Berlin das Gespräch mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder suchte und Vizepräsidentin Margot Wallström, die in der Kommission für die Kommunikationspolitik verantwortlich ist, für Dezember 2005 ihre Teilnahme an einer politischen Sitzung des EU-Ausschusses des Bundesrates ankündigte.

Für das Selbstverständnis des AdR war seine Entscheidung vom 29. September 2004 von besonderer Bedeutung, die Sitzordnung im Plenum entsprechend der Zugehörigkeit zu politischen Gruppen und nicht mehr nach der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Mitglieder zu gestalten. Damit hat der AdR einmal mehr seinen Anspruch unterstrichen, ein politisches Gestaltungsgremium zu sein.

## Bilanz der Sachpolitiken

Der AdR setzte im Berichtsjahr folgende Prioritäten: Mitarbeit an der Festlegung der künftigen Kohäsionspolitik, Finanzierung der EU nach 2006, Umsetzung der Lissabon-Agenda, Vollendung der Erweiterung, Vorbereitung einer neuen Nachbarschaftspolitik, Stärkung der lokalen und regionalen Dimension des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie im Bildungs- und Kulturbereich.<sup>2</sup> Die breite Palette der im AdR behandelten Themen wurde in den Tagesordnungen der Plenarsitzungen des Berichtsjahres 2004/2005 (29./30. September,

1 Siehe u. a. Christiansen/Lintner, 2005 sowie Committee of the Regions (Hrsg.): 10 years of political work, Brussels 2004.

2 Entschließung des AdR vom 12.2.2004 zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und zu den Prioritäten des AdR für 2004, Ziffer 2, in: ABl. C 109 vom 30.4.2004, S. 54.

17./18. November 2004 sowie 23./24. Februar, 13./14. April und 16./17. Juli 2005) deutlich.<sup>3</sup> Aus der Fülle der Aktivitäten und Stellungnahmen des AdR können nachfolgend nur einige Streiflichter erwähnt werden.

Der AdR befasste sich bei seiner Plenarsitzung am 13. und 14. April 2005 mit den Verordnungen über die europäischen Strukturfonds für die Förderperiode 2007-2013. In der Aussprache vertrat die zuständige Kommissarin Danuta Hübner die Position der Kommission, wonach der vorgeschlagene Anteil von 0,41 % des BNE das absolute Minimum für die Regionalpolitik darstellt. Dieser Standpunkt fand bei den 317 AdR-Mitgliedern deutliche Unterstützung. In der verabschiedeten Stellungnahme zu den „Allgemeinen Bestimmungen über die Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds“ zeigte sich der AdR denn auch zufrieden mit den Finanzvorschlägen der Kommission. Das für die Periode 2007-2013 vorgesehene Budget von 336,1 Mrd. Euro sei ausreichend, um die Regionen der alten EU weiter zu fördern und gleichzeitig die neuen Mitgliedstaaten gleichberechtigt zu unterstützen. Bei der Umsetzung der Programme forderte der AdR die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, nicht nur im Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb der Mitgliedstaaten. Den Akteuren auf allen Ebenen müssten die notwendigen Kompetenzen übertragen werden, um die mit den Programmen verbundenen Ziele auch tatsächlich erreichen zu können.

Am 29./30. September 2004 befasste sich der AdR ausführlich mit der „Halbzeitbewertung der Lissabon-Strategie“.<sup>4</sup> Er vertrat dabei die Auffassung, dass die Umsetzung dieser Strategie hauptsächlich bei der Verbesserung der Beschäftigungslage und der Wettbewerbsfähigkeit einsetzen sollte. Dabei komme auch den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtige Rolle zu. Der AdR forderte deshalb bei der Anwendung der Methode der offenen Koordinierung einen dezentralen Ansatz zugrunde zu legen, der den Gebietskörperschaften Möglichkeiten zur Entwicklung lokaler und regionaler Strategien belasse. Die nationalen Handlungspläne müssten dies entsprechend berücksichtigen.

Bei der Plenartagung am 23./24. Februar 2005 stand die Frage der künftigen Finanzierung der EU auf der Tagesordnung. In seiner Stellungnahme zur Mitteilung der Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft aufbauen. Politische Herausforderungen und Haushaltsmittel der erweiterten Union“ unterstützte der AdR weitgehend die von der Kommission vorgetragenen Positionen.<sup>5</sup> Die neuen Politikfelder auf EU-Ebene hätten neue finanzielle Erfordernisse zur Konsequenz. Der AdR erklärte sich damit einverstanden, dass die bestehende Eigenmittelobergrenze von 1,24 % des BNE auch für die Periode 2007-2013 gelten sollte. Der AdR drängte zugleich auf eine rasche Entscheidung, da jede Verschiebung des Beginns des Programmzeitraums zu Finanzierungslücken und Instabilität in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU führen würde.<sup>6</sup>

Ein besonderes Anliegen des AdR ist traditionell auch die Daseinsvorsorge. In der am 23. Februar 2005 angenommenen Stellungnahme zu dem von der Kommission in einer Mitteilung vorgelegten „Weißbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ hat er zu diesem aus Sicht der Regionen und Kommunen besonders wichtigen Thema ausführlich Stellung bezogen.<sup>7</sup> Der AdR betrachtet demnach hochwertige Dienstleistungen von allgemeinem Interesse als eine der Grundsäulen des europäischen Gesellschaftsmodells. Sie

---

3 Aktuelle Informationen zu den Plenarsitzungen des AdR im Internet unter <http://www.cor.eu.int/de/activities/session.htm>

4 AbL. C 43 vom 18.2.2005, S. 1-2.

5 AbL C 164 vom 5. Juli 2005, S. 6.

6 Ebenda; Ziff. 2.10.1 und 2.10.6.

7 Siehe ABl. der EU C 164 vom 5. Juli 2005, S. 53-58.

seien Teil des Wertesystems, das der EU und den Mitgliedstaaten zugrunde liegt. Kommission, Gebietskörperschaften und Mitgliedstaaten trügen hierbei eine gemeinsame Verantwortung. Erforderlich sei größtmögliche Rechtssicherheit in Bezug auf die Finanzierungsformen derartiger Dienstleistungen. Im Konfliktfall sollten die Ziele und Aufgaben derartiger Dienstleistungen Vorrang vor den Wettbewerbsvorschriften haben.<sup>8</sup> Besonderer Wert wird darauf gelegt, die Freiheit der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften zu gewährleisten, über Art und Weise der Gestaltung der Dienstleistungen zu entscheiden.

### **Gipfel der Regionen und Städte in Wroclaw/Breslau**

Ein Anliegen des AdR ist es auch, mit besonderen Aktionen in den Städten und Regionen der EU präsent zu sein. Am 19. und 20. Mai 2005 kamen deshalb in Wroclaw/Breslau in Polen rund 300 gewählte Repräsentanten von Regionen, Städten und Gemeinden zusammen, um über die Situation in den von ihnen vertretenen Gebietskörperschaften in der erweiterten EU zu diskutieren. Themen waren u.a. Dezentralisierung, Wettbewerbsfähigkeit und Demokratie. Redner waren u.a. der polnische Präsident Alexander Kwasniewski, Premierminister Marek Belka und EP-Präsident Josep Borell. Am zweiten Konferenztage wurde die „Erklärung von Wroclaw“ verabschiedet, in der die Bedeutung der Dezentralisierung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft unterstrichen wurde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sprachen sich zudem für eine solidarische Kohäsionspolitik aus. Sie unterstützten die Position der Kommission, für die Förderperiode 2007-2013 eine Obergrenze von 1,14 % des BNP vorzusehen. Die nationalen und regionalen Parlamente und die Bürgerinnen und Bürger wurden dazu aufgerufen, durch ein persönliches Engagement zur erfolgreichen Ratifizierung der Europäischen Verfassung in den Mitgliedstaaten beizutragen.<sup>9</sup>

### **„Open days“ als Instrument der Darstellung der Regionen in Brüssel**

Vom 27.-30. September 2004 fanden im Zusammenhang mit einer Plenartagung des AdR die „Open Days 2004“ statt. 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an Konferenzen, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen von mehr als 70 Büros von Regionen und Kommunen teil. Ziel war es dabei, die praktischen Auswirkungen der europäischen Regionalpolitik zu verdeutlichen und Reformperspektiven aufzuzeigen. Besonderes Interesse fanden dabei die „best practise“-Beispiele“. So wurde u.a. darüber informiert, dass Erfahrungen aus der jahrzehntelangen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich erfolgreich in die Kooperation zwischen Deutschland und Polen sowie der Tschechischen Republik eingeflossen sind. Die „Open days“ sollen wegen des großen Erfolges auch in den Folgejahren in Brüssel durchgeführt werden.

### **Die Zusammenarbeit mit den Institutionen**

Die Zusammenarbeit mit der Kommission hat sich auch im Berichtsjahr überaus konstruktiv gestaltet. Präsident Barroso stellte das Arbeitsprogramm am 23. Februar 2005 im AdR-Plenum vor und kündigte seine Gesprächsbereitschaft an. Kommissionsmitglieder nahmen regelmäßig an den AdR-Plenartagungen und an Sitzungen der Fachkommissionen teil. Der AdR konnte durch seine Interventionen in einer Vielzahl von Fällen auf die Inhalte von

---

<sup>8</sup> Ebenda; Ziffer 1.3, S. 54.

<sup>9</sup> Die Gipfel-Schlussenerklärung ist abrufbar über die Website des AdR: [http://www.cor.eu.int/document/Highlight/final\\_de.pdf](http://www.cor.eu.int/document/Highlight/final_de.pdf)

Kommissionsvorschlägen Einfluss nehmen.<sup>10</sup> Die angespannten Beziehungen zum Europäischen Parlament haben sich im Vergleich zum Vorjahr etwas normalisiert. Doch ist das EP immer noch nicht bereit, dem AdR die Nutzung des Plenarsaals in Brüssel für dessen Plenarsitzungen grundsätzlich zu erlauben. Das EP-Präsidium gestattet dem AdR nach wie vor nur in Ausnahmefällen die Nutzung des EP-Plenarsaals, obwohl dieser nur sehr selten für Kurzplenartagungen benötigt wird. Der Verweis auf eine mögliche Verwechslungsgefahr zeigt, dass zwischen den beiden Institutionen noch immer eine deutlich erkennbare Rivalität besteht.

### Perspektiven

Derzeit ist unklar, ob der Vertrag über die Verfassung für Europa in Kraft treten kann. Der AdR hat den Verfassungsvertrag in seiner offiziellen Stellungnahme vom 17./18. November 2004 als einen deutlichen Fortschritt für die EU gewürdigt.<sup>11</sup> Er schaffe „viele der notwendigen Voraussetzungen für ein effektives Regieren der Union“. Die Aufnahme der Grundrechtscharta in den Vertrag wurde begrüßt, zugleich wurde das Fortbestehen des nationalen Vetos in vielen Bereichen bedauert. Das Inkrafttreten des Verfassungsvertrags würde insofern für den AdR eine institutionelle Aufwertung bedeuten, als dieser in zweierlei Hinsicht ein Klagerecht erhalten soll:<sup>12</sup> Zum einen soll er künftig zur Wahrung seiner eigenen Rechte den EuGH anrufen können. Zum zweiten würde er auch über ein Klagerecht verfügen können, wenn er das Subsidiaritätsprinzip verletzt sieht. Damit würde der AdR stärker an der Ex-Post-Kontrolle der Subsidiaritätsüberprüfung teilhaben können. Weiterhin soll mit Inkrafttreten des Verfassungsvertrags die Mandatsdauer des AdR von vier auf fünf Jahre verlängert und damit an die Amtszeiten von EP und Kommission angeglichen werden. In diesen Veränderungen liegen beachtliche Chancen für den AdR. Der AdR engagiert sich somit aus guten Gründen für eine Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger für die Verfassung. Die anlässlich des 10-jährigen Bestehens vorgelegten Analysen zeigen, dass der AdR seine Rolle als Beratungsorgan der regionalen und kommunalen Ebene mit Erfolg ausfüllen kann. In der praktischen Arbeit des AdR wird es auch in Zukunft darauf ankommen, überzeugende Stellungnahmen zur Ausgestaltung der regionalen und kommunalen Dimension von europäischer Politik zu liefern und enge Beziehungen zu den anderen Gemeinschaftsakteuren, vor allem zur Kommission, zu pflegen.

### Weiterführende Literatur

Ausschuss der Regionen (Hrsg.): Eine politische Tribüne 1994-2004, Luxemburg 2004.

Hermann-Josef Blanke: Der Ausschuss der Regionen. Normative Ausgestaltung, politische Rolle und verwaltungsorganisatorische Infrastruktur, EZFF Occasional Papers Nr. 25, Tübingen 2002; im Internet über: <http://www.uni-tuebingen.de/ezff3/ocp25.html>

Thomas Christiansen / Pamela Lintner: The Committee of the Regions after 10 Years: Lessons from the Past and Challenges for the Future, in: Eipascope, No. 1/2005, S. 7-13.

Committee of the Regions (Hrsg.): 10 years of political work, Brüssel 2004.

Rudolf Hrbek: Der Ausschuss der Regionen, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschungen Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2001. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2001, S. 487-496.

---

<sup>10</sup> Vgl. hierzu die regelmäßig vom Generalsekretariat des AdR herausgegebenen Berichte über die Weiterbehandlung der Stellungnahmen des AdR.

<sup>11</sup> AbL. C 71 vom 22.3.2005, S. 2.

<sup>12</sup> Vgl. Art. III-292-294 sowie das dem Verfassungsentwurf beigefügte Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.